

---

---

# Amtsblatt für den Landkreis Dahme-Spreewald

---

---



---

29. Jahrgang

Lübben (Spreewald), den 31.01.2022

Nummer 04

---

---

## Inhaltsverzeichnis

Seite

### Öffentliche Bekanntmachungen des Landkreises Dahme-Spreewald

- Beratungstermine der Ausschüsse des Kreistages des Landkreises Dahme-Spreewald 3
- Feststellung des Unterbleibens einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) 4
- Allgemeinverfügung zur zeitlich befristeten Sperrung von Wegen innerhalb des Naturschutzgebietes „Innerer Unterspreewald“ im Biosphärenreservat Spreewald in den Gemarkungen Groß Wasserburg, Flur 4, Krausnick, Flur 8; Hartmannsdorf Flur 4 sowie Schlepzig, Flur 15, 16 und 17 5

### Öffentliche Bekanntmachungen von Verbänden und Einrichtungen

#### *Kommunaler Abfallentsorgungsverband „Niederlausitz“*

- Einladung zur Sitzung des Verbandsausschusses am 15.02.2022, um 14:00 Uhr 9
- Einladung zur Sitzung der Verbandsversammlung am 15.02.2022, um 16:00 Uhr 10

**Impressum**

**Herausgeber:** Landkreis Dahme-Spreewald  
Pressestelle

**verantwortlich:** Der Landrat  
Reutergasse 12, 15907 Lübben (Spreewald)  
Telefon: 03546 / 20-1008  
Telefax: 03546 / 20-1009

**Erscheinungsweise:** nach Bedarf

Das Amtsblatt ist am Sitz der Kreisverwaltung in 15907 Lübben (Spreewald), Reutergasse 12, in der Pressestelle erhältlich.

Es liegt ebenfalls zur Einsicht in allen Ämtern und amtsfreien Gemeinden des Landkreises Dahme-Spreewald und in der Verwaltungsstelle in Königs Wusterhausen und in Lübben, Beethovenweg aus.

Das Amtsblatt kann auch gegen Erstattung der Porto- und Versandkosten einzeln oder im Abonnement vom Landkreis bezogen werden.

<b>ÖFFENTLICHE BEKANNTMACHUNGEN DES LANDKREISES DAHME-SPREEWALD</b>
---

**Beratungstermine der Ausschüsse des Kreistages des Landkreises Dahme-Spreewald**

<b>Ausschuss</b>	<b>Termin/ Sitzungsort</b>
<b>Ausschuss für Bildung, Sport und Kultur (ABSK)</b>	24.01.2022, 17.00 Uhr, im Großen Sitzungssaal der Kreisverwaltung, Reutergasse 12, 15907 Lübben (Spreewald)
<b>Gesundheits- und Sozialausschuss (GSA)</b>	25.01.2022, 17.00 Uhr, im Konferenzraum des Zentrums für Luft- und Raumfahrt, Schmiedestraße 2, 15745 Wildau
<b>Ausschuss für Kreisentwicklung, Infrastruktur, Mobilität und Bauleitplanung (AKIMB)</b>	25.01.2022, 17.00 Uhr, im Großen Sitzungssaal der Kreisverwaltung, Reutergasse 12, 15907 Lübben (Spreewald)
<b>Ausschuss für Bauen, Landwirtschaft und Umwelt (ABLU)</b>	26.01.2022, 17.00 Uhr, im Großen Sitzungssaal der Kreisverwaltung, Reutergasse 12, 15907 Lübben (Spreewald)
<b>Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus, Finanzen und Öffentliche Ordnung (AWFO)</b>	27.01.2022, 17.00 Uhr, im Konferenzraum des Zentrums für Luft- und Raumfahrt, Schmiedestraße 2, 15745 Wildau
<b>Kreisausschuss (KA)</b>	09.02.2022, 17.00 Uhr, im Großen Sitzungssaal der Kreisverwaltung, Reutergasse 12, 15907 Lübben (Spreewald)
<b>Kreistag (KT)</b>	23.02.2022, 16.00 Uhr, im Konferenzraum des Zentrums für Luft- und Raumfahrt, Schmiedestraße 2, 15745 Wildau

## **Bekanntmachung - Feststellung des Unterbleibens einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP)**

Bekanntmachung des Landkreises Dahme-Spreewald als untere Wasserbehörde gemäß § 5 Abs. 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) zur Vorprüfung zur Feststellung der UVP-Pflicht für ein Vorhaben zur vorübergehenden Entnahme von Grundwasser (hier: temporäre Grundwasserabsenkung) in der Gemarkung Pätz.

Die Bonava Wohnbau GmbH, Am Nordstern 1, 15517 Fürstenwalde beantragte im Oktober 2021 die wasserrechtliche Erlaubnis für die temporäre Grundwasserabsenkung von insgesamt 210.000 m<sup>3</sup> Grundwasser über einen Zeitraum von ca. 125 Tagen zur Errichtung der Bodenplatte für die Tiefgarage und die beiden Aufzugsunterfahrten für die Errichtung von zwei Mehrfamilienwohnhäusern mit 51 Wohneinheiten und einer Tiefgarage mit 35 Stellplätzen auf der Liegenschaft Am Strand/Badstraße in 15741 Bestensee (Gemarkung Pätz, Flur 4, Flurstücke 718, 669, 716).

Es handelt sich hierbei um eine Gewässerbenutzung gemäß der Nr. 13.3.2 Spalte 2 der Anlage 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG). In Verbindung mit dem Brandenburgischen Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (BbgUVPG) war somit entsprechend § 7 Abs. 1 Satz 1 UVPG für das beantragte Vorhaben eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalles durchzuführen.

Im Ergebnis dieser Vorprüfung wurde mit Protokoll vom 24.01.2022 festgestellt, dass für das oben genannte Vorhaben keine UVP-Pflicht besteht.

Diese Entscheidung ist nicht selbstständig anfechtbar. Die Begründung dieser Entscheidung und die zugrunde liegenden Antragsunterlagen können nach vorheriger telefonischer Anmeldung während der Dienstzeiten im Landkreis Dahme-Spreewald, untere Wasserbehörde, am Verwaltungsstandort 15907 Lübben (Spreewald), Weinbergstraße 1, eingesehen werden.

### Rechtsgrundlagen:

- Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 540), zuletzt geändert durch Artikel 14 des Gesetzes vom 10. September 2021 (BGBl. I S. 4147)
- Gesetz über die Prüfung von Umweltauswirkungen bei bestimmten Vorhaben, Plänen und Programmen im Land Brandenburg (BbgUVPG) vom 10. Juli 2002, (GVBl.I/02, [Nr. 07], S.62) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 18. Dezember 2018 (GVBl.I/18, [Nr. 37])
- Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz - WHG) vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 18. August 2021 (BGBl. I S. 3901)
- Brandenburgisches Wassergesetz (BbgWG) In der Fassung der Bekanntmachung vom 02. März 2012 ([GVBl.I/12, \[Nr. 20\]](#)), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 04. Dezember 2017 ([GVBl.I/17, \[Nr. 28\]](#))

Lübben, 25. Januar 2022

gez. i.A. Wolfgang Braschwitz  
Amtsleiter des Umweltamtes Landkreis Dahme-Spreewald

**Allgemeinverfügung zur zeitlich befristeten Sperrung von Wegen  
innerhalb des Naturschutzgebietes „Innerer Unterspreewald“  
im Biosphärenreservat Spreewald in den Gemarkungen Groß  
Wasserburg, Flur 4, Krausnick, Flur 8; Hartmannsdorf  
Flur 4 sowie Schlepzig, Flur 15, 16 und 17**

Der Landrat des Landkreises Dahme-Spreewald als untere Naturschutzbehörde trifft auf Grundlage des § 35 Satz 2 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG)<sup>1</sup> in Verbindung mit § 23 Abs. 3 Brandenburgisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (BbgNatSchAG)<sup>2</sup> folgende befristete und widerrufliche Anordnung:

## **I. Entscheidung**

1. Das Betreten, Radfahren sowie Fahren mit Krankenfahrrädern ist im Zeitraum vom 01.02. bis 30.06. des jeweiligen Jahres auf den in der Karte (Anlage) dargestellten und gekennzeichneten Wegen verboten.
2. Von dem vorgenannten Verbot sind ausgenommen:
  - a. unaufschiebbare Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung und zur Abwehr von Gefahren für Leib und Leben von Menschen sowie für erhebliche Sachwerte sowie
  - b. Maßnahmen der berechtigten Nutzer und Eigentümer sowie von Angehörigen staatlicher Verwaltungen oder deren Beauftragten in den Bereichen der ordnungsgemäßen Unterhaltung der Gewässer und deren Anlagen, der ordnungsgemäßen forst- und landwirtschaftlichen Nutzung sowie der rechtmäßigen Ausübung der Jagd sowie
  - c. die behördlich durchgeführte, behördlich beauftragte oder behördlich zugelassene Ausführung von Untersuchungsmaßnahmen zur Erfassung der Bestandsentwicklung von Tier- und Pflanzenarten.
3. Die Kennzeichnung über die zeitliche Sperrung der Wege erfolgt durch die untere Naturschutzbehörde mit Unterstützung der Verwaltung des Biosphärenreservates Spreewald und der Naturwacht Brandenburg.
4. Die Sperrung der in der Karte (Anlage) dargestellten Wege wird bis zum 31.12.2031 befristet.
5. Ich ordne die sofortige Vollziehung dieser Allgemeinverfügung an.
6. Diese Allgemeinverfügung tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft.

## **II. Begründung**

Diese Allgemeinverfügung trägt zur Umsetzung internationaler Verpflichtungen zum Schutz der Arten des Anhanges I der Richtlinie 2009/147/EG (Europäische Vogelschutzrichtlinie) sowie zur Bestandspflege und -förderung gefährdeter und vom Aussterben bedrohter Arten in Ihren Biotopen gemäß § 3 Abs. 4 der Verordnung über die Festsetzung von Naturschutzgebieten und einem Landschaftsschutzgebiet von zentraler Bedeutung mit der Gesamtbezeichnung „Biosphärenreservat Spreewald“ (NatSGSpreewald) vom 12. September 1990 bei.

<sup>1</sup> Verwaltungsverfahrensgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 2003 (BGBl. 1 S. 102), das zuletzt durch Artikel 24 Absatz 3 des Gesetzes vom 25. Juni 2021 (BGBl. 1 S. 2154) geändert worden ist

<sup>2</sup> Brandenburgisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (Brandenburgisches Naturschutzausführungsgesetz - (BbgNatSchAG) vom 21. Januar 2013 (GVBl.I/13, [Nr. 3], S., ber. GVBl.I/13 [Nr. 21]), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 25. September 2020 (GVBl.I/20, [Nr. 28])

Die Naturschutzgebiete und das Landschaftsschutzgebiet von zentraler Bedeutung mit der Gesamtbezeichnung „Biosphärenreservat Spreewald“ wurden durch die Verordnung des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik vom 12.09.1990 auf Grund des Art. 6 § 6 Nr. 1 des Umweltschutzgesetzes (URG) in Verbindung mit § 12, 13 und 15 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)<sup>3</sup> unter Schutz gestellt. Die Unterschutzstellung ist nach § 78 Abs.1, Satz 1 BbgNatSchAG in geltendes Recht übergeleitet.

Das Biosphärenreservat Spreewald ist im Amtsblatt für Brandenburg, Nr. 34, vom 31. August 2005 als Bestandteil des Europäischen Vogelschutzgebietes (Special Protection Area / SPA) „Spreewald und Lieberoser Endmoräne“ (SPA-NR. 7028, NATURA-NR. DE 4151-421) bekannt gegeben worden.

Das Gebiet wird unter § 4 Absatz 1 Nr. 2 sowie Absätze 2 und 3 NatSGSpreewV als NSG „Innerer Unterspreewald“ ausgewiesen und beinhaltet sowohl Flächen als Totalreservat und Naturentwicklungsgebiet (Zone 1) als auch Zone II-Flächen, die maßgeblich zur Bestandspflege und -förderung von bedrohten Großvogelarten beitragen.

Nach § 5 NatSGSpreewV ist es geboten, „Teilflächen als Fortpflanzungs- und Vermehrungsstätten vom Aussterben bedrohter und bestandsgefährdeter Arten ( ... ) zeitlich befristet absperren zu lassen“ sowie „in der Schutzzone 1, die ungestörte natürliche Entwicklung zu sichern und zu fördern, indem direkte menschliche Einwirkungen vermieden und indirekte Beeinträchtigungen minimiert werden“ und in der Schutzzone II „durch Maßnahmen der Nutzung und Pflege die biotoptypische Artenmannigfaltigkeit von Flora und Fauna zu erhalten und zu stabilisieren“.

Darüber hinaus führt § 6 Absatz 1 NatSGSpreewV aus, dass innerhalb des „Biosphärenreservates Spreewald“ alle Handlungen verboten sind, die den Charakter der Landschaft verändern oder den Schutzzweck nach § 3 NatSGSpreewV zuwiderlaufen, was explizit auch innerhalb des Zeitraumes vom 01.02. bis 31.07. Störungen im Umkreis von 300 Metern von Adlern, Kranichen, Schwarzstörchen, Großfalken und Uhus sowie im Umkreis von 150 Metern um die Fortpflanzungs- und Vermehrungsstätten anderer vom Aussterben bedrohter Tierarten umfasst.

Das gegenwärtige bzw. auch frühere Brutvorkommen bzw. dokumentierte Brutversuche der vorgenannten Arten, die sich jährlich in ihrer räumlichen Verteilung unterscheiden, machen eine zeitlich befristete Sperrung von Wegen des Gebietes für den allgemeinen Besucherverkehr über das im NSG geltende Wegegebot hinaus notwendig und verhältnismäßig.

Diese zeitlich befristete Sperrung des Gebietes ist darüber hinaus auch erforderlich, da es im NSG Innerer Unterspreewald während der Reproduktionszeiten zu Wechselhorstnutzungen kommt, die mit den gesetzlichen Horstschutzregelungen nach § 19 Bbg NatSchAG (Schutz von Horststandorten) nicht wirksam beruhigt werden können.

In der Konsequenz stellen die Entscheidungen unter Pkt. 1 sicher, dass dem Schutzzweck des Biosphärenreservates nach § 3 Absatz Nr. 4 NatSGSpreewV zur „Bestandspflege und -förderung gefährdeter und vom Aussterben bedrohter Arten in ihren Biotopen“ Rechnung getragen wird.

Sie sind geeignet und erforderlich, durch Lenkung des Verkehrs die Schutzerfordernisse des Gebietes sicherzustellen und erhebliche Beeinträchtigungen von geschützten Arten auszuschließen.

Das von der Sperrung betroffene Wegenetz wurde durch die untere Naturschutzbehörde gemeinsam mit dem Landesamt für Umwelt Brandenburg (LfU / „Biosphärenreservat Spreewald“) erarbeitet und einvernehmlich abgestimmt.

Den anerkannten Naturschutzverbänden ist vor Erlass dieser Allgemeinverfügung Gelegenheit zur Äußerung gegeben worden.

<sup>3</sup> Bundesnaturschutzgesetz vom 29. Juli 2009 (BGBl. 1 S. 2542), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 18. August 2021 (BGBl. 1 S. 3908) geändert worden ist

Die Anordnung der sofortigen Vollziehung gern. § 80 Abs. 2 Nr. 4 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 19.03.1991 (BGBl. 1 S. 686) in der zurzeit gültigen Fassung, liegt im überwiegenden öffentlichen Interesse.

Die Einschränkung ist notwendig, um zu verhindern, dass durch die Einlegung von Rechtsmitteln störende Einwirkungen auf Fortpflanzungs- und Vermehrungsstätten vom Aussterben bedrohter und bestandsgefährdeter Arten fortgesetzt werden können.

Gemäß § 43 Satz 1 VwVfG wird ein Verwaltungsakt gegenüber demjenigen, für den er bestimmt ist oder der von ihm betroffen wird, in dem Zeitpunkt wirksam, indem er ihm bekannt gegeben wird.

Gemäß § 41 Abs. 4 Satz 3 VwVfG gilt ein Verwaltungsakt zwei Wochen nach der ortsüblichen Bekanntmachung als bekannt gegeben.

In einer Allgemeinverfügung kann ein hiervon abweichender Tag, jedoch frühestens der auf die Bekanntmachung folgende Tag bestimmt werden.

Aufgrund der Dringlichkeit der Entscheidung wird bestimmt, dass die Allgemeinverfügung am Tag nach der Bekanntmachung als bekannt gegeben gilt.

Die Einhaltung einer Frist von zwei Wochen würde dem Zweck zuwiderlaufen, einen unmittelbaren effektiven Schutz zu gewährleisten. Die Anordnung der Wirksamkeit der Allgemeinverfügung am Tag nach der Bekanntgabe ist daher geeignet, erforderlich und verhältnismäßig.

#### Hinweis:

Zu widerhandlungen können entsprechend § 39 Absatz 2 Nr. 1 in Verbindung mit § 40 Brandenburgisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz mit einer Geldbuße bis zu 13.000,- EUR geahndet werden.

### **III. Rechtsbehelfsbelehrung**

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist beim Landkreis Dahme-Spreewald, Der Landrat, Reutergasse 12, 15907 Lübben (Spreewald) oder bei einem in der Fußzeile genannten Verwaltungsstandort schriftlich oder zur Niederschrift einzulegen.

Ein Widerspruch gegen diese Allgemeinverfügung hätte jedoch wegen der Anordnung der sofortigen Vollziehung gern. § 80 Abs. 2 Nr. 4 VwGO keine aufschiebende Wirkung. Zur Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung kann ein Antrag gern. § 80 Abs. 5 VwGO beim Verwaltungsgericht Cottbus, Vom-Stein-Straße 27, 03050 Cottbus schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle gestellt werden.

Im Auftrag

gez. Braschwitz

Anlage:

Karte der Wegesperrungen innerhalb des NSG „Innerer Unterspreewald“







<b>ÖFFENTLICHE BEKANNTMACHUNGEN VON VERBÄNDEN UND EINRICHTUNGEN</b>
---

Bekanntmachung des Kommunalen Abfallentsorgungsverbandes "Niederlausitz"

**E I N L A D U N G**

Zur Sitzung des Verbandsausschusses des Kommunalen Abfallentsorgungsverbandes „Niederlausitz“ lade ich Sie recht herzlich am

Dienstag, dem 15.02.2022, um 14:00 Uhr  
in den Großen Sitzungssaal der Kreisverwaltung des  
Landkreises Dahme-Spreewald,  
in 15907 Lübben (Spreewald), Reutergasse 12,

mit folgender Tagesordnung ein:

1. Begrüßung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Anwesenheit
3. Feststellung der Beschlussfähigkeit
4. Bestätigung der Tagesordnung
5. Bestätigung der Niederschrift der Sitzung des Verbandsausschusses vom 30.11.2021
6. Einwohnerfragestunde
7. Vorstellung von Gebührenmodellen und Varianten zur Einführung der Biotonne im Verbandsgebiet des KAEV „Niederlausitz“ 2023
8. Sonstiges

gez.

G. Hempel

Verbandsleitung und

Vorsitzender des Verbandsausschusses

## Bekanntmachung des Kommunalen Abfallentsorgungsverbandes "Niederlausitz"

### **E I N L A D U N G**

Zur Sitzung der Verbandsversammlung des Kommunalen Abfallentsorgungsverbandes „Niederlausitz“ lade ich Sie recht herzlich am

Dienstag, dem 15.02.2022, um 16:00 Uhr  
in den Großen Sitzungssaal der Kreisverwaltung des  
Landkreises Dahme-Spreewald,  
in 15907 Lübben (Spreewald), Reutergasse 12,

mit folgender Tagesordnung ein:

1. Begrüßung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Anwesenheit
3. Feststellung der Beschlussfähigkeit
4. Bericht der Verbandsleitung
5. Bestätigung der Niederschrift der Sitzung der Verbandsversammlung vom 30.11.2021
6. Anfragen
7. Einwohnerfragestunde
8. Bestätigung der Tagesordnung
  
9. Vorstellung von Gebührenmodellen und Varianten zur Einführung der Biotonne im Verbandsgebiet des KAEV „Niederlausitz“ 2023
  
10. Sonstiges

gez.

E. Mittermaier

Vorsitzender der Verbandsversammlung